

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich:
Riesauer Tageblatt
Gemeinl. Nr. 50.
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Bauamtsamt Meißen behördlichseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1590.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 129.

Dienstag, 5. Juni 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 15 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauber und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemühter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Tag des deutschen Bergbaues.

In den Zeiten vor Kriegsausbruch fanden sich alljährlich, einer alten Tradition gemäß, die Vertreter der bergbaulichen Verbände mit den Delegierten der offiziellen Bergbehörden, den Rektoren der Technischen Hochschulen und der Bergakademien zu einem Deutschen Bergmannstag zusammen. Auf diesen Tagungen wurden eingehend alle die den Bergbau betreffenden technischen und sozialen Probleme erörtert, Meinungen ausgetauscht, Anregungen gegeben und Projekte besprochen, die alle nur ein Ziel kannten, die Entwicklung des deutschen Bergbaus zu fördern. Der Kriegsausbruch, die Jahre der schweren Kämpfe, des Zusammenbruchs, des Versailler Zwangsvertrages, der Inflation und ihrer heute noch nicht abgeklungenen Nachwirkungen verhinderten in den letzten fünfzehn Jahren das Zusammenkommen des Deutschen Bergmannstages, was sicherlich das Einvernehmen und die geistliche Zusammenarbeit aller den deutschen Bergbau stützenden Organisationen wesentlich trübte. Wenn sich nun die deutschen bergbaulichen Verbände dazu entschlossen hatten, jetzt wieder nach einer Pause von fünfzehn Jahren auf den 2. und 3. Juni den Deutschen Bergmannstag zusammenzubringen, so ist dies auch als ein Zeichen dafür zu bewerten, daß die Verhältnisse im Bergbau, wenn auch die Krise noch lange nicht behoben ist, inzwischen doch so überschülftig geworden sind, daß eine Aussprache über alle bergbaulichen Probleme zu fruchtbareren Erkenntnissen führen können.

Die letzten fünfzehn Jahre in der Geschichte des deutschen Bergbaues sind ein recht trübes und bitteres Kapitel. Bis vor dem Kriegsausbruch zeigte die Entwicklungskurve des deutschen Bergbaues eine stetig steigende Linie. Mit dem Tage des Eintritts Deutschlands in den Krieg brach diese Kurve plötzlich ab. Der deutsche Bergbau mußte, wie die gesamte deutsche Wirtschaft seine eigenen Vorkriegsstände zurückstellen, Aufgaben übernehmen, die alle Notwendigkeiten der einst geforderten höchsten Nationalität und schließlich auch der Rentabilität negierten in der Forderung, alle Kräfte in die gemeinsame Front der Abwehr gegen die Feinde Deutschlands einzusetzen. In den Kriegsjahren konnte an Erneuerungen innerhalb des deutschen Bergbaues nicht gedacht werden. Alle Reformen, die mit Neueinstellungen verknüpft worden wären, mußten unterbleiben. Der Arbeitermangel machte sich immer schwerwiegender bemerkbar, und zwar schließlich in einer Weise, die die systematische Ausbeute der Vorkriegszeit unmöglich machte. Der Zusammenbruch Deutschlands, die Revolutionen, die Bedingungen des Friedensvertrages stellten endlich den deutschen Bergbau vor eine Belastungsprobe, die er nur mit den größten Anstrengungen bestehen konnte. Als dann schließlich die Franzosen mitten in das deutsche Ruhrgebiet hineintraten, und in der Abwehr gegen diesen Willkürakt der gesamten Ruhrbergbau stillgelegt wurde, sahen es einige Teile so, als ob sich der völlige Zerfall des deutschen Ruhrbergbaues nicht länger aufhalten lassen könnte. In diesen schweren Zeiten des deutschen Bergbaues waren sich alle die ihn stützenden Organisationen darüber einig, lieber den völligen Ruin des Ruhrbergbaues zu erdulden, als den weitestgehenden Wünschen Frankreichs nachzugeben. Man kann sich zu dieser Aktion während der Ruhrbesetzung stellen, wie man will, das eine wird sich wohl kaum abstreiten lassen, daß nämlich nicht zum mindesten durch diese feste und geschlossene Front des Ruhrbergbaues die Pariser Pläne zum Scheitern gebracht wurden.

Dieser Phase eines tiefsten Niederganges folgte jetzt recht langsam, aber doch unaufhaltsam der Wiederaufbau. Mit der Entspannung aller Kräfte wurden aus dem Gebirgsbau die Möglichkeiten geschaffen, dem Ruhrbergbau und mit ihm dem gesamten deutschen Bergbau wieder Kraft und Leben einzubringen. Ein ganz neues Rationalisierungsprogramm wurde festgelegt, das sich insbesondere auf technischem und betriebswirtschaftlichem Gebiet auswirken sollte. Heute, nachdem erst wenige Jahre nach dem Beginn der Durchführung des Programms verstrichen sind, läßt sich schon sagen, daß es seinen Zweck erreichen wird. Anlässlich des Deutschen Bergmannstages hat Generaldirektor Dr. Goldschmidt eine Festchrift veröffentlicht, aus der Einzelheiten zu entnehmen sind, die ein bezeichnendes Licht auf die neue Entwicklungskurve des deutschen Bergbaues werfen. Nach den Angaben Dr. Goldschmidt ist in den Jahren seit dem Kriegsausbruch die Anzahl der Bohrhämmer von rund 10 700 auf 55 481, die der Drehbohrmaschinen von 26 auf 2480, die der Abbauhämmer von 220 auf 37 845 und die der Kohlenkneiber (die im Jahre 1918 überhaupt nicht bestanden) auf 317 gestiegen. Durch diese Neuanrichtungen konnte die Leistung der Untertage-Arbeiter je Schicht von 1,183 auf 1,385 Tonne gehoben werden.

Diese Mehrleistung des deutschen Bergbaues ist selbstverständlich mit pekuniären Opfern erkauft worden, die zum Teile nur auf dem Kreditwege ermöglicht werden konnten. Da diese Kredite in der Hauptsache nur kurzfristige waren, Neuanrichtungen aber immer noch sehr dringlich sind, so sind die Finanzorgane des deutschen Bergbaues nur zu berechtigt. Die letzten Lohnverhandlungen haben auch ihr großes Teil dazu beigetragen, die Lage des deutschen Bergbaues im Augenblick sehr ernst zu gestalten. Zu diesen Erhöhungen treten noch die hohen Steuern und die hochgespannten Sozialabgaben, schließlich auch der heftig brennende Konkurrenzkampf mit der englischen Kohle. Die Aussprache auf dem Deutschen Bergmannstag wird sich sehr eingehend mit all diesen schwerwiegenden Problemen beschäftigen müssen. Wenn auch das Ergebnis der Tagung bindende Beschlüsse nicht zeitigen wird, so wird es doch die gemeinsame Erkenntnis des Erforderlichen und die Notwendigkeit eines engeren Zusammenarbeitens wesentlich klären, was immerhin ein großer Vorteil ist.

Zur Tarifierhöhung bei der Reichsbahn.

Von unserem Berliner Vertreter.

ou. Ueber die Stellungnahme des Kabinetts zu den Vorschlägen der Reichsbahndirektion betreffs Tarifierhöhung sind die wilden Gerüchte im Umlauf, die aber den Vorrang haben, sämtlich mehr oder weniger falsch zu sein. Von authentischer Seite wird uns über den Stand der Dinge folgende Mitteilung gemacht:

Zunächst wird das Reichskabinett noch einmal genau prüfen, ob es seine Möglichkeit gibt, um die Tarifierhöhungen herumzukommen. Aus dem Ausdruck "Herumkommen" geht schon zur Genüge hervor, daß das Kabinett sich nicht der Tatsache verschließt, daß die Reichsbahndirektion in der Tat erhöhte Mittel nötig hat. Man steht aber doch auf dem Standpunkt, daß diese Erhöhung der Betriebsmittel, die ja im wesentlichen durch neue Anlagen verursacht worden ist, auf dem Anleihenweg gedeckt werden könnte, da sie ja einen Wertzuwachs darstellt. Es käme vor allem natürlich darauf an, ob sich einer in- oder ausländischen Anleihe, das heißt noch nicht fest, der Reparationskommissionar Schwierigkeiten bereiten würde.

Scheitert die Anleihe, so muß das Kabinett den Tarifierhöhungen im Prinzip zustimmen. Das bedeutet aber keineswegs, daß die bekannten Vorschläge der Reichsbahndirektion ohne weiteres akzeptiert werden würden. Im Gegenteil hält man sie für unzulänglich und würde gegebenenfalls eine Sonderkommission, bestehend aus dem Reichsverkehrs- und Reichsfinanzminister, dem Reichswirtschafts- und dem Reichsarbeitsminister, einsetzen, um einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, der festlegen soll, wie sich die Erhöhungen im einzelnen auf die Perzent- und Frachttarife verteilen sollen.

Ueber den Standpunkt des Verkehrsministeriums erfahren wir noch, daß man dort der Ansicht ist, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Perzenttarife, die ja mit der Ausgabe des Vierklassen- und der Einführung des Zweiklassen-

systems Hand in Hand geht, oder vielmehr sogar auf ihr beruht, den Passagieren der 1. Klasse eine so unwillkürliche Mehrbelastung bringen würde, daß sie sich im Durchschnitt vielleicht mit 1,50 Mark im Jahre auswirken würde, während so und so viele Reisende der 3. Klasse billiger fahren würden als bisher. Kann man so weit den Vorschlägen der Reichsbahndirektion folgen, so hält man die vorgeschlagene Erhöhung der Frachttarife in ihren Auswirkungen für untragbar. Alle Abträge, die sich ermöglichen lassen, werden also an den Frachttarifen gemacht werden, und die Vorklagen der Reichsregierung zielen vor allem darauf ab, diese Erhöhung zu verhindern oder doch in erträglichen Grenzen zu halten.

Der Beschluß der Regierung, zunächst die Tarifierhöhung abzulehnen, ist auch darauf zurückzuführen, daß der Reichstag bekanntlich noch kurz vor seinem Auseinandergehen den Beschluß faßte, die Regierung zu ersuchen, die geplante Erhöhung der Eisenbahntarife abzulehnen. An diesen Beschluß schließt sich die Reichsregierung ebenfalls an. Es steht jedenfalls bereits fest, daß die jetzige Regierung die Entscheidung in der Frage nicht mehr treffen wird, doch aber die neue Regierung, schon ihrer Zusammenfassung entsprechend, jede Tarifierhöhung grundsätzlich ablehnen muß. Es ist nun durch die Presse wiederholt berichtet worden, die Darstellungen sind in der Hauptsache der Ansicht zur Tarifierhöhung, und es hieß auch, daß seitens des Reparationsamtes ein gelinder Druck ausgeübt worden sei, den Wünschen der Reichsbahn entgegenzukommen. Wie wir jedoch unternommen sind, ist die Reichsbahn, nach ihrem jetzigen Einnahmestande zu urteilen, sehr wohl in der Lage, die Darstellungen zu leisten. Die gewünschten Mehrerlöse werden in der Hauptsache, wie schon gesagt, für Anlagewerke gebraucht, und es unterliegt keinem Zweifel, daß es möglich sein wird, einen Kredit flüssig zu machen.

Erste Reichstags Sitzung am 13. Juni.

X Berlin. Die Einberufungsorder lautet: Auf Grund der Artikel 23 und 27 der Reichsverfassung wird der neue Reichstag berufen, am Mittwoch, den 13. Juni, nachmittags 3 Uhr zusammenzutreten.

Präsident des Reichstages
der dritten Wahlperiode.

Gebering Reichsinnenminister?

Berlin (Funkpruch.) Nach den Beratungen des sozialdemokratischen Ausschusses, der morgen in Köln zusammentritt, wird der B. J. zufolge Hermann Müller-Franken voraussichtlich am Freitag dem Reichspräsidenten über die Entscheidung seiner Parteimitglieder Bericht erstatten. Das Blatt will wissen, daß eine Vertagung des Abgeordneten Müller-Franken als Reichsfinanzminister kaum mehr in Frage gestellt und daß Gebering für das Amt des Reichsinnenministers in Aussicht genommen ist.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat heute vormittag im Reichstage zur Besprechung der politischen Lage zusammen.

Einberufung der Reichstagsfraktionen.

nd. Berlin. Die ersten Sitzungen der neuen Reichstagsfraktionen sind jetzt anberaumt worden. Die sozialdemokratische Fraktion tritt am Montag, den 11. Juni, nachmittags zusammen, die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten sind für Dienstag, den 12. Juni, vormittag einberufen.

Der vom alten Reichstag eingeleitete Ausschuss zur Ueberwachung der Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms ist für Sonnabend, den 9. Juni, nochmals zu einer Sitzung einberufen worden. Auf seiner Tagesordnung steht als erster Punkt die Berichterstattung der Reichsregierung über die Verwendung von Reichsmitteln zur Förderung des Absatzes von Schlachtochtern und Fleisch. Ferner soll über eine Eingabe der Direktion des Städtischen Schlachthofes in München betreffend die Maßnahmen zur Förderung des Absatzes von Schlachtochtern und Fleisch verhandelt werden.

Abflug des Postflugzeuges Bardou-Brag-Paris.

Bandobritz (Funkpruch.) Heute vormittag ist das Postflugzeug der Luftverkehrslinie Bardou-Brag-Paris etwa 600 Meter hinter der deutschen Grenze bei Liebau auf tschechischem Gebiet, und zwar 20 Meter abseits der Straße Liebau-Rönschhain, abgestürzt. Der Pilot wurde tot unter den Trümmern des Flugzeuges hervorgezogen. Sein Begleiter ist lebensgefährlich verletzt. Das Flugzeug gehörte der Luftverkehrsgesellschaft Lidna. Erst am 27. Juni vorigen Jahres fuhrte in der hiesigen Gegend ein Postflugzeug ab, wobei Pilot und Begleiter den Tod fanden.

Differenz der „Italia“ in Schweden aufgefangen?

X Stockholm. 4. Juni. Spät in der Nacht zum Montag fing ein Radioamateur in Treleborg auf ungefähr 900 Mtr. Wellenlänge folgenden Funkpruch auf: „Hallo, hallo, „Italia“ Mobile 808, la Kommission Rome, Kingsbay, Invidite, Radio Bourdeau.“ Die Meldung wurde etwa 50 Mal wiederholt. Rebellische Signale wurden auch von anderen Radioamateuren aufgefangen.

X Moskau. Ein Radio-Amateur namens Schmidt in Wosnessensk (Gouv. Nord Dwinisk) nahm auf Welle 33-35 Meter, die der Wellenlänge der Italia entspricht, folgenden Funkpruch auf: „Italia Mobile, Franz-Joseph-Land, 808, 808, 808, gefandert.“ Das hiesige Mobile-Signalkomitee ist der Meinung, die Italia sei irgendwo auf Franz-Josephs-Land niedergegangen.

Rowno (Pol.). Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der italienische Geschäftsträger die Sowjetregierung um Einzelheiten über den aufgefundenen Funkpruch, der angeblich von der „Italia“ stammen soll, erucht. Die Lenin-grader Funkstation versucht fortgesetzt, mit Mobile Verbindung zu erhalten. Wenn die Italia tatsächlich auf dem Franz-Josephs-Land niedergegangen sein sollte, könnten jederzeit Eisbrecher entsandt werden, um Hilfe zu bringen.

Ein russischer Funkpruch an die „Italia“.

X Stockholm. Die Radiostation in Fernöland hörte gestern um 4.13 Uhr nachmittags einen kräftigen Kurzwellensender, der das Luftschiff „Italia“ anrief und folgenden Funkpruch auf französisch ausstrahlte: „Wir haben die Nachricht bekommen, daß Sie auf Franz-Joseph-Land sind.“ Die Meldung wurde mehrmals wiederholt. Man nimmt an, daß es sich um eine russische Station handelte.

Die „Hobby“ nach der Wozelbay unterwegs.

X Kingsbay. Die „Hobby“ ist gestern um 6 Uhr 30 Min. nachmittags mit einem Wasserflugzeug, Ludwig Polm, vier Italienern, Gunden und deren Führer an Bord, nach der Wozelbay via Amsterdamm-Inseln ausgefahren. Das Schiff ist mit einer Radioanlage versehen. Es wird voraussichtlich Donnerstag oder Freitag zurückkehren.

Die italienische Hilfsexpedition für Nobile.

X Mailand. Die Organisation der italienischen Hilfsexpedition für General Nobile nimmt einen raschen Fortgang. Das Expeditionsflugzeug ist fertiggestellt; es wird u. a. 35 Fallschirme für Personen und Pakete mitnehmen. Der Kommandant Maddalena trifft heute hier ein. Die Ernennung des zweiten Piloten durch das Luftfahrtministerium steht unmittelbar bevor. Der Bürgermeister von Mailand hat mitgeteilt, daß die Gemeinde dem Organisationskomitee 100 000 Lire zur Verfügung gestellt hat.